



Ein historisches Urteil: Staat muss für nicht gegebene Unterrichtsstunden entschädigen

In einem wegweisenden Urteil hat das Verwaltungsgericht Cergy-Pontoise den französischen Staat zur Verantwortung gezogen und zur Entschädigung von Eltern verurteilt, deren Kinder durch den Ausfall von Unterrichtsstunden infolge nicht ersetzter Lehrkräfte benachteiligt wurden. Dieses Urteil markiert einen signifikanten Wendepunkt im Kampf der Eltern und Schüler*innen für eine kontinuierliche Bildung und könnte weitreichende Auswirkungen auf das Bildungssystem haben.

Das Gericht stellte in acht von zwölf Fällen die Verantwortung des Staates fest und ordnete an, die betroffenen Familien für die entstandenen Bildungsnachteile ihrer Kinder zu entschädigen. Dieses Urteil ist das Ergebnis der landesweiten Initiative #OnVeutDesProfs, die über 340 Klagen in 20 Akademien umfasst, um eine angemessene Vertretung in Fällen von Lehrerausfällen zu fordern.

In den verhandelten Fällen hatten die Schüler*innen der Akademie (Schulbezirk) Versailles „ein sehr großes Volumen an nicht erteilten Unterrichtsstunden in einem Schuljahr“ zu beklagen, „ohne dass der Rektor der Akademie von Versailles Notsituationen geltend machen konnte, die durch die Organisation des Dienstes bedingt waren“. Das Gericht erkannte einen „Verlust der Bildungschancen“ für die Zukunft der Kinder aufgrund der Unterbrechung der pädagogischen Kontinuität an und setzte die Entschädigungssumme auf 150 Euro pro Familie fest.

Diese Entscheidung unterstreicht die zunehmende Unzufriedenheit mit dem Bildungssystem, insbesondere mit dem Umgang mit Lehrerausfällen. Laut dem Bildungsministerium gingen im Schuljahr 2020-2021 8,8% der insgesamt 175 Millionen im Sekundarbereich (Collèges und Lycées) geplanten Unterrichtsstunden verloren, was 15,4 Millionen Stunden entspricht. Ein Bericht der Rechnungshofes von 2021 zeigt sogar, dass im Sekundarbereich fast 10% der Unterrichtsstunden im Schuljahr 2018-2019 ausfielen, was einem Anstieg von 24% gegenüber dem Vorjahr entspricht – hauptsächlich wegen Schwierigkeiten, kurzfristige Abwesenheiten von weniger als 15 Tagen zu ersetzen.

Dieses Urteil könnte als Präzedenzfall dienen und die Art und Weise verändern, wie mit dem Ausfall von Lehrkräften umgegangen wird, indem es die Bedeutung einer kontinuierlichen Bildung hervorhebt und den Staat für dessen Aufrechterhaltung verantwortlich macht. Es sendet eine klare Botschaft über die Notwendigkeit, in Bildung und Lehrkräfte zu investieren, um solche Bildungslücken zu vermeiden und jedem Kind eine gleichberechtigte Chance auf Erfolg zu bieten.